

### **Niederschrift**

über die Sitzung des Ausschusses  
für Ordnung und Naturschutz  
am 05.11.2008, 10.00 Uhr,  
im Sitzungssaal des Kreishauses,  
Herzberger Str. 5, 37520 Osterode am Harz

#### Anwesend:

#### **I. Kreistagsabgeordnete**

|  |                                  |
|--|----------------------------------|
| Eberhard Siegler, Osterode am Harz     | - Vorsitzender -                 |
| Wilhelm Berner, Osterode am Harz       |                                  |
| Manfred Keimburg, Osterode am Harz     |                                  |
| Andreas Körner, Bad Lauterberg im Harz | - i.V.d. Abg. Karin Wode         |
| Herbert Lohrberg, Eisdorf              | - i.V.d. Abg. Helga Klages       |
| Marianne Niederheide, Osterode am Harz | - i.V.d. Abg. Christa Hartz      |
| Barbara Rien, Bad Lauterberg im Harz   |                                  |
| Raymond Rordorf, Osterode am Harz      |                                  |
| Uwe Schrader, Osterode am Harz         |                                  |
| Günter Wellerdick, Herzberg am Harz    | - i.V.d. Abg. Hans-Jürgen Gückel |
| Arnulf Kühl, Herzberg am Harz          | § 47 Abs. 7 NLO                  |

#### **II. Von der Verwaltung**

|                                     |                       |
|-------------------------------------|-----------------------|
| Erster Kreisrat Gero Geißleiter     |                       |
| Kreisoberamtsrat Michael Bührmann   |                       |
| Kreisamtsrat Udo Müller             |                       |
| Kreisangestellte Corinna Napieralla |                       |
| Kreisangestellter Rainer Scholz     |                       |
| Kreisoberinspektorin Anja Stange    | - Protokollführerin - |

Es fehlt:

Ulrich Kamphenkel, Wieda

## Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
2. Anträge zur Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Ordnung und Naturschutz am 03.06.2008
4. Rettungsdienst;  
7. Fortschreibung des Rettungsdienstbedarfsplanes
5. Jagdrecht;  
Erhöhung der Jagdsteuer von 13,5% auf 15 %
6. Anfragen und Mitteilungen
7. Einwohnerfragestunde

### Punkt 1:

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende eröffnet um 10.00 Uhr die Sitzung des Ausschusses und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.  
Er begrüßt besonders die Zuhörer und die Presse.

### Punkt 2:

Anträge zur Tagesordnung

Anträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

### Punkt 3:

Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Ordnung und Naturschutz am 03.06.2008

Die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Ordnung und Naturschutz vom 03.06.2008 wird genehmigt.

(Abstimmungsergebnis: e i n s t i m m i g bei  
3 Stimmenthaltungen)

Punkt 4:

Rettungsdienst;

7. Fortschreibung des Rettungsdienstbedarfsplanes

Der Vorsitzende stellt die Vorlage zur Aussprache.

Erster Kreisrat Geißreiter führt aus, die Erhöhung der Vorhalttestunden habe schon – wie auch der Vorlage zu entnehmen sei – zum 01.10.2008 umgesetzt werden müssen, so dass die Beschlussfassung durch den Kreistag rückwirkend erfolge.

Der Abg. Lohrberg stellt fest, laut der ihm vorliegenden Zahlen habe die Gemeinde Eisdorf zum Stichtag 30.06.2007 1.840 Einwohner gehabt und nicht, wie auf Seite 3 der Vorlage angeführt, 1.927 Einwohner.

Erster Kreisrat Geißreiter sagt eine Klärung der Abweichung im Verlauf der Sitzung zu.

Der Abg. Lohrberg fragt, ob der Verwaltung bereits Erfahrungswerte vorlägen, da die Fortschreibung bereits zum 01.10.2008 erfolgt sei. Dies wird von Kreisoberamtsrat Bührmann verneint.

Der Vorsitzende erklärt, er gehe von der richtigen Ermittlung der vorgelegten Zahlen aus und lässt über die Vorlage abstimmen.

Sodann empfiehlt der Ausschuss dem Kreistag die Annahme des folgenden

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt rückwirkend zum 01.10.2008 die 7. Fortschreibung des Rettungsdienstbedarfsplanes (Anlage 1).

(Abstimmungsergebnis: e i n s t i m m i g)

Punkt 5:

Jagdrecht;

Erhöhung der Jagdsteuer von 13,5% auf 15 %

Erster Kreisrat Geißreiter erläutert die Vorlage und erklärt, mit der beabsichtigten Erhöhung der Jagdsteuer werde dann der vom Niedersächsischen Landkreistag ermittelte Durchschnittssteuersatz erhoben. Der Kreistag habe sich mit der Thematik bereits im Rahmen des Haushaltssicherungskonzeptes befasst und der Landkreis sei gezwungen, tätig zu werden.

Der Abg. Körner verweist auf die zahlreichen, von den Jägern freiwillig übernommenen Aufgaben, so z.B. auf die Entsorgung von Unfallwild. Die Jäger seien befugt, Unfallwild zu vergraben, die Träger der Straßenbaulast müssten ansonsten für die Entsorgungskosten selbst aufkommen. Die errechneten Mehreinnahmen von 6.000 € dürften s.E. schnell aufgebraucht sein, wenn die Jäger diese freiwillige Aufgabe nicht mehr übernehmen.

Er wertet die beabsichtigte Erhöhung der Jagdsteuer als falsches Signal für die Jäger.

Nach Auffassung des Abg. Rordorf schöpfen die Jäger durch die Nutzung der Flächen zur Ausübung der Jagd bereits Naturgut ab. Folge man der Argumentation des Abg. Körner, müssten andere ehrenamtlich Tätige auch entsprechende Vergünstigungen erhalten.

Der Abg. Berner unterstreicht die Ausführungen des Abg. Körner. Die Jäger hätten durch die Anpflanzung von Hegebüschchen etc. Hervorragendes geleistet.

Der Abg. Körner ergänzt, andere Bundesländer hätten diese Bagatellsteuer bereits abgeschafft.

Herr Kühl gibt ein Stimmungsbild aus der Jägerschaft zu der geplanten Steuererhöhung wieder und führt aus, die Steuer stamme aus einer Zeit, als aus der Jagd noch Erträge erzielt wurden. Die Jagdpächter sind Mitglied in der Jägerschaft, die wiederum ein anerkannter Naturschutzverband ist und entsprechende Aufgaben wahrnimmt. Bayern, Thüringen und die Stadtstaaten hätten diese Steuer bereits abgeschafft und die Jäger empfänden es als ungerecht, für Naturschutzmaßnahmen besteuert zu werden. Die Erhöhung der Jagdsteuer werde als Affront angesehen.

An der weiteren Aussprache beteiligen sich der Vorsitzende, die Abg. Berner, Körner, Rordorf, Herr Kühl sowie Erster Kreisrat Geißreiter.

Letzterer dankt der Jägerschaft für ihr Engagement im Naturschutz, weist aber gleichzeitig darauf hin, dass der Landkreis angesichts seiner kritischen Finanzlage gehalten ist, entsprechende Einnahmemöglichkeiten auszuschöpfen, solange die Jagdsteuer in Niedersachsen erhoben werde.

Der Abg. Lohrberg erklärt, die SPD – Fraktion werde der Vorlage zustimmen, da alle Einnahmemöglichkeiten ausgeschöpft werden müssten und eine Erhöhung um 1,5 % nach 10 Jahren angemessen sei. Das Engagement der Jäger werde ausdrücklich anerkannt.

Sodann lässt der Vorsitzende über folgenden

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt die Vierte Nachtragssatzung zur Jagdsteuersatzung abstimmen.

(Abstimmungsergebnis: 4 Stimmen dafür  
5 Gegenstimmen  
1 Stimmenthaltung)

Der Beschlussvorschlag ist damit abgelehnt.

Punkt 6:

Anfragen und Mitteilungen

Erster Kreisrat Geißreiter gibt folgende Mitteilungen:

1. Bei den in der Vorlage zur 7. Fortschreibung des Rettungsdienstbedarfsplanes genannten Einwohnerzahlen seien die Zweitwohnsitze mitgezählt worden. Dies erkläre die Abweichung zu den vom Abg. Lohrberg genannten Zahlen.

2. Am 08. November 2008 findet im Bereich Auekrug eine Ansitzdrückjagd statt, die B27 wird daher zeitweilig voll gesperrt.
3. Bereits im gestrigen Bauausschuss hat es eine Anfrage zur Kulmkebrücke im Siebertal gegeben. Heute daher der folgende Sachstandsbericht:  
 Die Ortschaft Sieber ist in den letzten Wochen ins Blickfeld der Medien gerückt, welches nicht im Rahmen einer Tourismusoffensive geschah, sondern durch die Sperrung der Brücke über die Kulmke, im Zuge der Landesstraße 521 , bedingt war. Der Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr offenbarte sich im Zuge einer bereits begonnenen Sanierung an den Fundamenten der Brücke ein derart desaströser Zustand, der zur sofortigen Sperrung der Brücke zwang. Daraufhin wurden Planungen mit dem Ziel einer langfristigen Lösung aufgenommen, die letztendlich einen Neubau der Brücke, insbesondere vor dem Hintergrund verstärkter Wasserabflüsse vorsehen. Weil ein Neubau nicht aus dem Boden gestampft werden kann, mussten Zwischenlösungen – Thema Behelfsbrücke – gefunden werden.  
 Am 10. September stellte die zuständige Landesbehörde aus Goslar dem Landkreis mehrere Varianten und einen Zeitplan vor. Am 23. September fand hierzu eine Besprechung unter Federführung des Landrates statt.  
 Am 14. Oktober wurden die notwendigen Unterlagen beim Landkreis eingereicht. Die Maßnahme bedarf einer wasserrechtlichen und einer naturschutzrechtlichen Genehmigung, wobei letztere nur nach einem Beteiligungsverfahren der anerkannten Verbände erteilt werden darf.  
 Die gesetzlich eingeräumte Frist beträgt 2 Monate, das Beteiligungsverfahren konnte jedoch Dank der guten Zusammenarbeit mit den Verbänden bereits nach 10 Tagen abgeschlossen und die naturschutzrechtliche Genehmigung am 24.10.2008 erteilt werden. An dieser Stelle ein ausdrückliches Lob an die Verbände.  
 Die wasserrechtliche Genehmigung ist 5 Tage später, also am 29.10.2008, ebenfalls erteilt worden. Nächste Woche sollen die Fundamente gegossen werden.

Punkt 7:

Einwohnerfragestunde

Von der Einwohnerfragestunde wird kein Gebrauch gemacht.

Um 10.40 Uhr schließt der Vorsitzende die Sitzung.

*gez.*  
*Eberhard Siegler*

Vorsitzender

*gez.*  
*Gero Geißbreiter*

Erster Kreisrat

*gez.*  
*Anja Stange*

Protokollführerin

Genehmigt in der Sitzung des Ausschusses für Ordnung und Naturschutz  
am 5. Mai 2009